

# Die Entwicklung in Polen

Dezember 1957

Seite:

<u>A. Innere Entwicklung</u>	1
<u>I. Politische Ereignisse</u>	1
<u>Vorwort: Bilanz eines Jahres unter GOMULKA</u>	1
1) Probleme der "Überprüfung" in der Partei	8
2) Jugend unter Parteibevormundung	11
3) Auch die Studenten sollen an die Leine	13
4) Verbündete	15
<u>II. Wirtschaft</u>	16
1) Kohlenförderung und Bergmannsarbeit	16
2) Entwicklung des Handwerks	16
3) Planerfüllung und Planziele in der Wirtschaft	17
<u>III. Soziale und kulturelle Probleme</u>	18
1) Schriftsteller - ungebeugt	18
2) Wer "sitzt" in Polen?	19
3) Lohnbewegung in Polen	19
<u>B. Polen und Ausland</u>	20
1) Kultureller Austausch mit dem Ausland	20
2) Ein- und Auswanderung - Auslandsreisen	20

-----  
Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

## A. Inners Entwicklung

### I. Politische Ereignisse

#### Vorwort:

#### Bilanz eines Jahres unter GOMULKA

Die folgende Jahresübersicht stammt aus der Feder eines Warschauer Journalisten. Obwohl sie nicht in allem den Auffassungen der Redaktion entspricht, halten wir sie dennoch für wert, sie als Meinung eines Polen über sein Land unseren Lesern zugänglich zu machen.

Seit einigen Monaten diskutiert man in Polen und im Ausland öffentlich oder privat über das Problem einer Abkehr vom "polnischen Oktober 1956". Anlaß zu diesen Diskussionen gaben die Ereignisse des Oktobers 1957, die durch die Schließung der jungmarxistischen Zeitschrift "Po Prostu" hervorgerufen wurden.

Wenn heute vom "polnischen Oktober" gesprochen wird, vergißt man dabei oft, daß dieser Oktober 1956 nicht plötzlich und unerwartet kam, nicht vom Himmel herunterfiel. Der "polnische Oktober" war keine Palastrevolution im Warschauer Politbüro, sondern war vielmehr das Endresultat einer breiten Volksbewegung, die im Frühjahr 1956 begann. Das Startsignal zu dieser Entwicklung, die im Oktober gipfelte, kam nicht aus Polen, Es war der XX. Parteitag in Moskau, der die Abkehr vom Stalinismus einleitete. Ein seit Jahren unter unbarmherzigen Polizeisystemen gehaltenes Volk begriff und nützte diese erst Chance, um die bisher alles lähmende Angst abzuschütteln und seine Stimme laut werden zu lassen. Es kamen Monate der Auseinandersetzungen mit allem, was in der Vergangenheit das Leben des polnischen Volkes so unerträglich machte: Unfreiheit und materielle Not.

Der Träger dieser Volksbewegung, die zum "polnischen Oktober" führte, war die Stadtbevölkerung. Die Intelligenz begann die große Diskussion, an der sich die gesamte Presse beteiligte. Die Arbeiterschaft trat für ihre Rechte auf den Betriebsversammlungen ein. Die Regierenden in Warschau waren unentschlüssig und uneinig. Die einen sahen in der entstehenden Volksbewegung eine Chance für das Land und für sich persönlich. Sie machten sich zu ihren Befürwortern. Die anderen sahen in der neuen Entwicklung eine tödliche Gefahr für das kommunistische System in Polen und wollten sie mit allen Kräften abwenden.

Als die Entwicklung immer dynamischer wurde, wollte man die Diskussion mit gewaltsamen Mitteln ersticken, um die "Entstalinisierung" gemäß den Parteiinteressen zu steuern (so etwa, wie das in der SU geschah) - es kam zum Aufstand in Posen. Der polnische Arbeiter hat hier etwas vollbracht, was der Intellektuelle beim besten Willen nicht vollbringen könnte: Hinter die

Worte, die das Vergangene verurteilten und eine radikale Wendung anstrebten, stellte er die Bereitschaft, um dieses Ziel zu kämpfen, auch wenn es Blut kosten sollte. Das in Posen vergossene Blut mehrerer Hundert Menschen war für die Warschauer Machthaber ein Warnungssignal, das nicht überhört werden konnte. Diese Entwicklung war nicht zu bremsen, wenn man einen Bürgerkrieg vermeiden wollte. Posen gab denjenigen neue Argumente, die eine gründliche Änderung des Systems befürworteten und lähmte diejenigen, die das alte System für die beste Garantie zur Erhaltung der "kommunistischen Errungenschaften" hielten.

Der Druck der Massen wurde immer stärker, der Ton der durch die Intellektuellen gelenkten Pressediskussion immer entschlossener. In der damaligen Partei- und Regierungsführung gab es niemanden, der genügend Autorität besaß, um der zum größten Teil schon vollzogenen Wendung einen offiziellen Stempel zu geben, um das Vertrauen der Massen zu gewinnen, um einen Ausbruch - der mit einer Katastrophe hätte enden müssen - zu verhindern.

Das historische Verdienst GOMULKAs liegt darin, daß er sich bereit erklärte, eine Entwicklung zu firmieren, die ihn zwar in vieler Hinsicht nahe stand, die er aber keineswegs vorbereitet hatte. Sein Name hatte bei den Massen einen guten Klang, und er war durch die "Verfehlungen" der stalinistischen Ära nicht belastet, sondern war im Gegenteil eines der Opfer dieser Zeit, was ihm allgemein die Sympathien der Bevölkerung entgegenbrachte.

Der "polnische Oktober" kam also nicht erst mit GOMULKAs Machtübernahme, sondern war nur der Abschluß einer Entwicklung, an der GOMULKA so gut wie garnicht beteiligt war! Der neue Parteichef kann allerdings für sich eine wichtige Entscheidung buchen: Die Abschirmung der erkämpften Freiheit nach aussen. Er war derjenige, der kurz nach seinem Machtantritt in Moskau ein Abkommen unterschrieb, welches Polen ein bisher nicht vorhandenes Ausmaß an innerer Autonomie gab. Aber auch dabei muß man bedenken, daß alle Versuche Moskaus, die Vor-Oktober-Entwicklung zu bremsen, bereits eine entschlossene Abfuhr durch viele Mitglieder der damaligen polnischen Parteileitung erfahren hatten. Die von CHRUSCHTSCHOW proklamierte Abkehr vom Stalinismus führte zu heftigen Auseinandersetzungen im Kreml, im gesamten Ostblock und in allen kommunistischen Parteien der Welt. In dieser Situation konnte Moskau seinen Forderungen nicht genügend Nachdruck verleihen. Nur diese Tatsache erklärt, warum schon vor GOMULKA die polnischen Kommunisten dem Moskauer Einmischungsversuch die Stirn bieten konnten. Die von Moskau offiziell zugestandene Art von Autonomie für Polen war also lediglich die Anerkennung eines Zustandes, der schon lange Monate vorher bestand.

Oft ist man versucht, in GOMULKA den Urheber des polnischen Oktobers zu sehen. Dies aber entspricht nicht den Tatsachen. Aber genauso falsch wäre es zu behaupten, der Oktober wäre auch ohne GOMULKA zustande gekommen. Er war im gegebenen Augenblick der einzige Mann, der sich an die Spitze der Volksbewegung stellen konnte.

Diese Tatsache kann zum Verständnis dafür verhelfen, warum GOMULKA in den 14 Monaten seiner Regierung manches unternehmen konnte, was man als "Abkehr von der Oktoberlinie" bezeichnet. Schon im Augenblick seiner Machtübernahme wußten manche Leute aus seiner Umgebung, daß er nicht alles begrüßte, was die damalige Entwicklung mit sich brachte. Er hatte beispielsweise immer gewisse Ressentiments gegenüber den Intellektuellen, gegenüber der Presse, die er schon im Oktober 1956 nicht lenken konnte. Das erklärt zum Teil auch das, was er genau ein Jahr später im Oktober 1957 tat, indem er eine ihm von Anfang an unsympathische Zeitung schloß und viele Intellektuelle als gefährliche "Träger des Revisionismus" abstempelte.

Die Ausübung der Macht hat auch sicher dazu beigetragen, daß GOMULKA viele Probleme mit anderen Augen sah, als bei seinem Machtantritt. Jede Macht bringt Versuchungen mit sich und diesen Versuchungen ist er in den letzten 14 Monaten offensichtlich in manchen Fällen erlegen. Die Leute, die ihn aus der Nähe beobachten können, stellen immer mehr fest, daß er Tendenzen zu einer persönlichen Diktatur entwickelt; und immer mehr Dinge ausschließlich nach seinem eigenen Ermessen entscheiden will. Man kommt manchmal zu der Überzeugung, daß GOMULKA fest daran glaubte, nur er selbst sei imstande, darüber zu entscheiden, was die polnische Staatsraison sei und wo die Grenzen der durch diese Staatsraison zugelassene Freiheit lägen. Man ist jetzt in Polen allgemein der Überzeugung, daß GOMULKA diese Grenzen falsch absteckt, daß er Konzessionen macht, die er gar nicht zu machen brauchte. Der Volksmund spricht das etwa so aus: GOMULKA macht alles, was die Russen von ihm verlangen. Wahrscheinlich ist diese Überzeugung nicht gerecht, aber dafür sehr bezeichnend für die Einstellung der Massen gegenüber dem Mann, für den sie noch vor einem Jahr durchs Feuer zu gehen bereit waren.

Wenn man die Bilanz des Jahres 1957 zieht, so stellt man Negatives und Positives fest. Im letzten Jahr hat GOMULKA viele Sympathien verspielt. Die Intelligenz und die Jugend sind von ihm enttäuscht, weil er die im Oktober erkämpften Freiheiten der Meinungsäußerung wieder beschnitten hat. Die Massen fühlen sich auch betrogen, weil die von ihnen erwartete wirtschaftliche Besserung weitgehend ausblieb. Dafür kann man GOMULKA zwar nicht verantwortlich machen, denn er ist aufrichtig bemüht, den arbeitenden

Menschen in Polen bessere Lebensbedingungen zu schaffen, jedoch scheitert er dabei an objektiven Schwierigkeiten. Nichtsdestoweniger fühlen sich die Massen in ihrem irrationalen Glauben an die Möglichkeit einer radikalen und schnellen Besserung betrogen.

GOMULKA verstand es auch nicht in den vergangenen 14 Monaten, den Bereich der ihm von Moskau zugestandenen Autonomie zu erweitern, den "Oktober auszubauen", wie seine Opponenten in Polen zu fordern pflegten. Er hat sich nicht ernsthaft darum bemüht in einer Zeit, als der Machtkampf im Kreml ihm das leicht ermöglicht hätte, zumal er damals mit der Unterstützung mancher Ostblockstaaten, vor allem Chinas, hätte rechnen können. Die heutige Lage im Ostblock würde solche Bemühungen wahrscheinlich zum Scheitern verurteilen. Der Machtkampf im Kreml brachte einen eindeutigen Sieger: Nämlich CHRUSCHTSCHOW. Darüber hinaus ist aber auch die Autorität und Stärke der SU in den letzten Monaten innerhalb des Ostblocks rapide gewachsen. GOMULKA könnte jetzt mit dem Kreml nicht mehr auf der Basis verhandeln wie er das Ende 1956 oder Anfang 1957 hätte tun können. Ein Jahr später, im November 1957, mußte GOMULKA erleben, daß sogar China sich restlos auf die Seite des Krémls stellte und beim Treffen in Moskau den manchmal abweichenden Standpunkt der polnischen Delegation zusammen mit CHRUSCHTSCHOW bekämpfte.

Diese vergebene Chance ist kein sehr gutes Zeugnis für GOMULKA. Entweder sah er seine Möglichkeiten nicht, oder aber er wollte sie einfach nicht wahrnehmen. Wir wissen, daß GOMULKA sich für einen guten Kommunisten hält und sehr darunter gelitten hat, wegen seiner zeitweisen Meinungsverschiedenheiten zu Moskau als Verräter gestempelt zu werden. Von einem Staatsmann darf man jedoch verlangen, daß er seine persönlichen Ressentiments überwindet, wenn er dadurch den Interessen seines Volkes und einem echten Sozialismus in Polen dienen kann. Dazu gehört eine gewisse Größe, die GOMULKA in diesem Falle nicht gezeigt hat...

Die Art, in der GOMULKA die internen Parteiangelegenheiten zu steuern versucht, dürfte auch wenig der Sache einer echten sozialistischen Entwicklung in Polen dienen. Als er die Macht in Polen übernahm, sah die Situation in der Partei etwa so aus: Im ZK hatte er es mit einer Gruppe zu tun, die an dem Zustandekommen des polnischen Oktobers aktiv beteiligt war.

Zu dieser Gruppe zählten zwei so einflußreiche Männer wie der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und der ehemalige 1. Parteisekretär OCHAB.

Eine größere Gruppe der ZK-Mitglieder gab GOMULKA die Unterstützung nur, weil sie in ihm die einzige Rettung vor dem endgültigen Untergang des Systems sahen. Gegen GOMULKA war ein Drittel des ZK - bestehend aus eingefleischten Stalinisten.

Im zentralen Parteiapparat und in den regionalen Parteikomitees sassen Leute, die der Oktoberentwicklung mit grösstem Misstrauen und Feindschaft gegenüberstanden. Aber ihre Position war mehr als schwach. Sie befürchteten in jedem Augenblick, von dem jahrelang angestauten Volkszorn weggefegt zu werden. Sie wagten also nicht, etwas gegen die im Oktober abgeschlossene Entwicklung zu unternehmen und hätten sich widerstandslos beseitigen lassen.

In den Massen der einfachen Parteimitglieder herrschte über die Oktoberentwicklung eine fast ungeteilte Freude. Vor allem die einfachen Arbeiter und Vertreter der Parteintelligenz betrachteten den Oktober als ihren persönlichen Sieg.

In Anlehnung an die Unterstützung der ganzen Bevölkerung, der Massen der einfachen Parteimitglieder, der Parteintelligenz und der Mehrheit im ZK wäre GOMULKA in der Lage gewesen, den gesamten Parteiapparat und die regionalen Parteinstanzen weitgehend zu erneuern, d.h. mit Menschen zu besetzen die sich in der Vergangenheit nicht exponiert und nicht kompromittiert hatten. Er unternahm jedoch nichts derartiges. Er liess die stalinistische Opposition den ersten Schock überwinden. Er sah untätig zu, als sie sich wieder organisierte und sogar zum Gegenangriff überging. Er intervenierte auch nicht, als man in manchen provinziellen Instanzen offen gegen den Oktober Stellung nahm, er kümmerte sich wenig darum, als man illegale Zuschriften fabrizierte, in denen man ihn und seine Freunde als Verräter, Spione und Agenten bezeichnete. Sehr bald konnte man merken, daß er sogar die Angriffe der Stalinisten dadurch zu entkräften versuchte, in dem er gegen die oktobertreue Parteilinke Stellung nahm. Diese Parteilinke wurde immer öfter mit Namen "Revisionisten" und "Liquidatoren" bezeichnet. Es waren dieselben Leute, die die grössten Verdienste an der Vorbereitung des Polnischen Oktobers hatten und dadurch auch GOMULKA den Weg zum Machtantritt geebnet hatten.

Man glaubte noch immer, GOMULKA zögere nur mit dem Kampf gegen die Stalinisten, warte einen geeigneten Augenblick ab. Als die MOLOTOW-Gruppe in Moskau liquidiert wurde, haben viele in Warschau die Meinung geäußert, jetzt sei der richtige Augenblick für die Auseinandersetzung mit den Stalinisten gekommen. Aber es geschah auch dann nichts derartiges.

Im Gegenteil, man hörte immer mehr von der Gefahr des "Revisionismus". Ein Jahr nach der Machtübernahme holte GOMULKA zum ersten Schlag aus, aber nicht etwa gegen die Stalinisten. Er schloß die im Verruf des "Revisionismus" stehende Zeitschrift "Po Prostu", ließ die Proteste der Studenten brutal durch die Polizei zerschlagen und kurze Zeit danach, auf dem X. Plenum des ZK kündigte er eine "Überprüfung" der Parteimitglieder an, also eine Säuberung, die sich sowohl gegen politisch passive oder korrumpierte Elemente, als auch gegen die "Revisionisten" richten sollte. Eine Welle der Empörung ging durch das Land. Namhafte Schriftsteller schickten ihre Parteimitgliedsbücher zurück, weil sie in der Aktion den Versuch sahen, alle unabhängig denkenden Menschen aus der Partei auszuschliessen. Der bisherige Verlauf der "Überprüfungsaktion" bestätigte ihre Befürchtungen.

GOMULKA entledigt sich also freiwillig der Menschen, die ihm wertvolle Verbündete sein könnten. Der stalinistische Parteiapparat, die von den Stalinisten gespickten provinziellen Parteiinstanzen sind aber geblieben. Wie GOMULKA in dieser Situation eine "Erneuerung" der Partei durchführen will, bleibt sein Geheimnis. Dieser Ballast, den er früher hätte über Bord werfen können, wird sich heute als zu schwer für ihn zeigen.

Man muß aber auch dabei bedenken, daß die Leute, die sich jetzt von der Partei distanzieren oder aus ihr ausgestoßen werden, dieselben sind, die von der Notwendigkeit sprachen, das stalinistische System durch den "menschlichen Sozialismus" zu ersetzen. Unter denen aber, die unangestastet bleiben, gibt es viele, die für den Begriff des menschlichen Sozialismus nur Spottworte finden.

Wenn man die Bilanz des letzten Jahres in Polen zieht, könnte man noch mehr Schattenseiten zeigen. Gibt es aber keine Lichtseiten, keine Positive? Doch, es gibt auch positive Faktoren.

Als eine grosse Errungenschaft des Kampfes, der bis zum Oktober 1956 dauerte, ist die Tatsache zu vermerken, daß die Menschen in Polen frei von der erdrückenden Angst leben, die in der stalinistischen Zeit allgemein herrschte. Die Willkür des Polizei-Terrorapparates gehört der Vergangenheit an. Man könnte dem zwar entgegenhalten, daß auch in der SU die Menschen jetzt freier als unter Stalin leben, jedoch sind die Grenzen dieser Freiheit in Polen auch heute ohne Zweifel breiter als im Sowjetland oder in anderen Ostblockstaaten. Besonders auf dem Gebiet des kulturellen Schaffens sind

Voraussetzungen für ein freies Schaffen vorhanden. Der kulturelle Austausch mit dem Westen hat im vergangenen Jahre eine starke Intensivierung erfahren. Die polnische Kirche erfreut sich großer Freiheiten, wie keine andere Kirche im Ostblock. In einem Lande wie Polen, wo die Bindung zwischen Kirche und Bevölkerung sehr eng ist, muss man dieser Tatsache grosse Bedeutung beimessen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete bemüht man sich ehrlich, aus dem Chaos herauszukommen, das nach der Abkehr von den stalinistischen Wirtschaftsmethoden entstanden ist. Die wirtschaftliche Planung verlangt nicht mehr einseitig unmenschliche Opfer an Arbeitsleistung und Lohn von den Werktätigen. Eine wesentliche Besserung ist zwar nicht eingetreten, sie war aber auch nicht in der kurzen Zeitspanne zu erwarten. Man kann auch schwer voraussagen, ob die wirtschaftlichen Experimente GOMULKAs eine wesentliche Besserung der materiellen Lage der Bevölkerung bringen werden. Es scheint aber kein Zweifel darüber zu bestehen, daß das jetzige Regime, im Gegensatz zu dem der stalinistischen Zeit diese Besserung ehrlich wünscht und sie mit allen Kräften anstrebt. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist diese Besserung schon spürbar. Eine entschlossene wirtschaftliche Hilfe seitens des Westens könnte auch heute noch viel dazu beitragen, um die Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Die Zeit, wo diese Hilfe GOMULKA auch politisch Moskau gegenüber hätte stärken können, scheint allerdings verpasst zu sein.

Die inneren Errungenschaften des polnischen Lebens sind nach aussen gegen etwaige sowjetische Einmischungsversuche durch das Abkommen vom November 1956 abgeschirmt. Lediglich vom guten Willen der polnischen Parteiführung hängt es ab, ob alle zugestandenen Freiheiten voll ausgenutzt werden oder nicht.

Auf dem Gebiete der polnischen Außenpolitik ist nicht zu erwarten, daß dieses Land den Selbständigkeitsgrad Jugoslawiens erreichen kann. Immerhin sieht man auch hier einen deutlichen Unterschied im Vergleich zur stalinistischen Zeit. Solche Initiativen wie GOMULKAs Vorschlag, die Ostsee zur "Zone des Friedens" zu machen oder der viel diskutierte Rapacki-Plan sind gewiß mit den Moskauer Stellen koordiniert. Aber schon die Tatsache, daß ein Ostblockland ausser der SU sie vertreten kann, bedeutet einen Fortschritt. Sicher kann es einer allgemeinen Entspannung nur behilflich sein, wenn man nicht nur mit den Russen als den einzigen Ostblockvertretern zu tun hat. Im Zusammenhang mit dem Rapacki-Plan gilt es jedoch, noch einen wichtigen Tatbestand zu betonen: Eine eingehende Prüfung des Rapacki-Planes und eine Beachtung der beharrlichen polnischen Initiative in der Verfolgung der ihm zugrunde liegenden Konzeption müsste den westlichen Beobachtern die heterogenen Elemente dieses Planes sichtbar werden lassen, die eindeutig

auf eigenen polnischen Interessen an der Entspannung, dem Frieden und der eigenen Unabhängigkeit basieren.

Welchen Maßstab soll man nun anwenden, wenn man Negatives und Positives dieser Bilanz zusammenstellt, um ein Plus- oder Minussaldo zu erreichen? Bei der Beurteilung des GOMULKA-Regimes kann man sich nur danach richten: Bringt seine Regierung dem polnischen Volke eine Besserung seiner politischen wirtschaftlichen und kulturellen Lage oder nicht? Würde die Beseitigung des Gomulka-Regimes in der augenblicklichen Weltlage dem polnischen Volke nützen oder schaden? Wir glauben, daß es keinen Zweifel geben kann, wie man diese Fragen beantworten muß. Eine Rückversetzung in die Vor-Oktober-Zeit würde dem polnischen Volke wenig nützen. Eine Beseitigung des heutigen Gomulka-Regimes ebenso wenig.

### 1) Probleme der "Überprüfung" in der Partei

Die Parteisäuberung, die von GOMULKA auf dem X. Plenum des ZK angekündigt wurde, ist jetzt im Gange. Laut Beschluß des ZK soll die Aktion die Partei von allen Elementen befreien, die entweder eine von der Parteilinie abweichende Meinung vertreten haben oder aber keinen aktiven Anteil an der Parteiarbeit nehmen. Darüber hinaus sollen auch alle Mitglieder ausgestoßen werden, die sich als korrumpiert gezeigt haben und die Partei lediglich als ein Sprungbrett für die eigene Karriere und eigene Gewinnsucht benutzt haben.

Schon vor Beginn dieser Säuberung, die offiziell als "Überprüfungsaktion" bezeichnet wird, hat man von vielen Seiten die Befürchtungen ausgesprochen, diese Aktion könnte von vielen Parteiinstanzen zu Zwecken ausgenutzt werden, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Der bisherige Verlauf der Aktion hat diese Befürchtungen im vollen Umfange bestätigt.

Das Politbüromitglied Jerzy MORAWSKI sagte in einem Gespräch mit Vertretern der Redaktion des Parteiblattes "Trybuna Ludu" am 8. Dezember, daß man in manchen Organisationen die Überprüfung als Gelegenheit aufgefasst hat, sich der Parteintelligenz zu entledigen. Ein anderes Blatt, "Zycie Warszawy" schreibt am 22./23. 12. 57, daß man in einer Fabrik eine regelrechte Hetze gegen die "feinen Herren Dipl. Ingenieure" entfesselt habe. Als Anlass dieser Hetze diene den Initiatoren das angeblich ungerechte Prämiensystem, das die technische Intelligenz im Vergleich zu den Arbeitern bevorzugt. Der Erfolg: Ein großer Teil des leitenden technischen Personals hat den Austritt aus der Partei erklärt. MORAWSKI schreibt in dem zitierten

Artikel, daß die Tatsache, daß man den Arbeiterkern in der Partei stärken will, nichts mit einer Diskriminierung der Intelligenz zu tun habe. Aber darum kümmern sich die Apparatschiks in der Provinz nicht. Der Parteiapparat ist stalinistisch geblieben.

Die Stalinisten nützen die Säuberung aus, um sich all derer zu entledigen, die an den polnischen Oktober gekämpft haben.

Darüber spricht MORAWSKI offen, indem er Tendenzen erwähnt, nach denen manche Leute bei der Überprüfungsaktion "eigene Rechnungen" begleichen wollen. Vielen Parteimitgliedern wird jetzt von den Überprüfungskommissionen vorgehalten, was sie im Oktober 1956 gesagt haben, wie sie gegen die Stalinisten gewettert haben usw. Solchen Praktiken müsse man sich energisch entgegenstellen, meint MORAWSKI, aber in Wirklichkeit sehen in den meisten Fällen die zentralen Parteibehörden untätig dem Treiben der Stalinisten zu.

Auf eine ganz besondere Art und Weise wird das Problem der inaktiven Parteimitglieder gelöst, die aufgrund der Richtlinien des letzten ZK-Plenums die Partei verlassen müßten. Es stellt sich heraus, daß die Opfer dieser Bestimmung alte, verdiente Kommunisten werden, die wegen ihres hohen Alters oder schlechter Gesundheit keinen regelmäßigen Anteil an den Parteiarbeiten nehmen können. Dasselbe trifft auf berufstätige Frauen zu, die dazu noch Kinder zu Hause zu versorgen haben. Alle diese Leute geben selbst ihre Parteibücher zurück, um einem Ausschluss zuvorzukommen. Darüber lamentiert die zentrale Parteipresse, aber das ändert nichts an den Tatsachen.

Sehr bezeichnend ist, was "Trybuna Ludu" am 18. 12. 57 über den Kampf mit der Korruption unter den Parteimitgliedern schreibt. Diese Korruption hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen, und es war wirklich an der Zeit, ihr den Kampf anzusagen. Dieselben Überprüfungskommissionen aber, die sonst gegenüber den mit "Revisionismus" behafteten Intelligenz oder den passiven Altkommunisten sehr strenge Maßstäbe anwenden, zeigen sich in diesem Falle sehr vorsichtig und tolerant. Hat man einen bei einem Diebstahl oder ähnlichem erwischt, wird er so lange nicht aus der Partei ausgeschlossen, bevor die Staatsanwaltschaft die Untersuchung des Falles nicht abgeschlossen hat. Hat die Untersuchung den Diebstahl zwar festgestellt, aber wegen der Geringfügigkeit keinen Strafantrag erbracht (so etwas kommt in Polen sehr oft vor), so zieht die Parteiorganisation daraus keine Konsequenzen. Manchmal ist das Vergehen jedoch bedeutend genug, um einen Strafantrag zu stellen. Fällt das Vergehen jedoch unter ein Amnestiegesetz und wird darum nicht geahndet, so bleibt der Betroffene oft doch im Besitz des Parteiausweises.

Eine direkt humoristische Form hat das Problem der Parteimitglieder angenommen, die gleichzeitig gläubige Christen sind. Alle Presseorgane schreiben, es wäre ein Verbrechen, diese Leute, unter denen viele aufrichtige und opferbereite Kämpfer für die Sache des Kommunismus sind, aus der Partei auszustossen. Dies würde bedeuten, daß die Parteiorganisation auf dem Lande vollständig liquidiert wird. Aber auch viele Parteiorganisationen, die aus Arbeitern bestehen, würden praktisch aufhören, zu existieren. Dies betrifft besonders das oberschlesische Kohlengebiet, wo die meisten Parteimitglieder sich als gute Christen bekennen.

Das Problem der Parteiorganisation auf dem Lande ist schon immer besonders heikel gewesen. Echte Parteimitglieder gibt es unter den Bauern kaum. Was auf dem Lande zur Partei gehört, das sind dort hin gesandte Funktionäre der Staatsfarmen, Leiter der genossenschaftlichen Verkaufsläden, Angehörige der Traktoren- und Maschinenstationen, usw. Man will die derzeitige Überprüfungsaktion dazu benutzen, um neue Mitglieder unter den echten Bauern zu gewinnen. Man überlegt schon, wer unter den Bauern in die Partei aufgenommen werden könnte: Ob nur der Kleinbauer, oder auch der mittlere Bauer? Es scheint aber, daß die Parteiorganisationen in den nächsten Jahren solche Überlegungen kaum realisieren können, da es unter den Bauern einfach kaum jemanden gibt, der in die kommunistische Partei eintreten möchte.

Wenn GOMULKA wirklich glaubte, die Überprüfungsaktion würde einen gesunden Kern in der Partei schaffen, so hat er sich geirrt. Die ganze Aktion wurde überhaupt nicht vorbereitet. Viele kleine Parteiorganisationen in der tiefen Provinz haben die Aktion so aufgefasst, dass man wohl einen Teil der Mitglieder ausschliessen muß, ohne aber zu wissen, auf wen das zutreffen soll. In den meisten Fällen haben aber die Überprüfungsaktion Leute in die Hand genommen, die sehr genau wissen, was sie wollen. Leute, die sich im Oktober zu weit "hinausgelehnt" haben, werden jetzt von den stalinistischen Parteifunktionären erledigt. Ein wesentlicher Teil der wirklichen Anhänger der Oktoberlinie wird jetzt ausgeschaltet. Diejenigen, die den Oktober von ersten Augenblick an gehasst haben, verstärken jetzt ihre Positionen. Wenn die so gesäuberten Parteiorganisationen ihre Delegierten zum nächsten Parteitag wählen, wird das zweifellos zu einer Machtverschiebung führen. Seine interne Parteipolitik bestand seit seinem Machtantritt aus einer ununterbrochenen Kette von Entscheidungen, die eine solche Verschiebung praktisch provozierte. Eines Tages wird er seine Strenge gegenüber den Revisionisten und seine Milde gegenüber den Stalinisten bitter bereuen müssen.

Im theoretischen Organ der Partei, "Nowe Drogi" (Dezembernummer) liest man in einem Artikel über die Überprüfungsaktion:

"Viele Genossen hegen jetzt Zweifel und Bedenken und wollen sich vorläufig im Kampf um die Parteilinie nicht engagieren. Wir wollen abwarten, so sagen sie, wir wollen erst sehen, wer am Schluß der Sieger ist."

Diese Einstellung ist nicht etwa typisch für eingefleischte Stalinisten. Diese kämpften von Anfang an gegen die Oktoberlinie und tun das auch jetzt. Hier handelt es sich um solche Parteifunktionäre und -Mitglieder, die GOMULKA für sich hätte gewinnen können, wenn er die Stalinisten konsequent bekämpft und ausgeschaltet hätte. Diese zögernden und abwartenden Parteimitglieder, das sind gewiß Opportunisten und besitzen nicht allzuviel Charakter, aber sie hätten GOMULKA in der ersten Zeit nützliche Dienste leisten können, bis er einen wirklich neuen Parteiapparat aufgebaut hätte. Heute sehen sie, wie GOMULKA den Ast, auf dem er sitzt, selbst absägt und weigern sich, sich neben ihn zu setzen.

Ein polnischer Radiohörer schreibt über die Überprüfungsaktion (laut "Zycie Warszawy" vom 22./23. Dezember:):

"Ich bin Arbeiter, und gehöre seit 1946 zur Partei. Aber jetzt werde ich wohl selbst mein Parteibuch zurückschicken. Ich kann die Atmosphäre der Überprüfungsaktion nicht ertragen. Die gesamte Diskussion in unserer Organisation dreht sich im Kreise der anonymen Beschuldigungen. Als Beweis dienen Anzeigen unbekannter Menschen. Niemand weiß bei uns mehr, wer ist Revisionist oder Dogmatiker und warum. In diesem Klima werden die persönlichen Feindschaften ausgefochten und Rache genommen. Im Enderfolg werden wir für die Partei intelligente Menschen und Kommunisten verlieren."

## 2) Jugend unter Partei-Bevormundung

Die polnische Jugend hat sich im Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und ein besseres Leben des Volkes unbestrittene Verdienste erworben. Es war kein Zufall, daß die Zeitung, die am entschlossensten von der gesamten polnischen Presse um das kämpfte, was später als polnischen Oktober bezeichnet wurde, eine Jugend-, später eine Studentenzeitung war: "Po Prostu".

In der ersten Reihe der Posener Freiheitskämpfer marschierten junge Arbeiter, Studenten und Schüler. Der Versuch, die erkämpften Freiheiten zu beschränken, hat wieder die Jugend auf den Plan gebracht, wie es im vergangenen Oktober nach der Schliessung von "Po Prostu" der Fall war.

In den langen Monaten des Kampfes war die Jugend auf sich selbst angewiesen. Sie hat die frühere Bevormundung durch die Partei abgeschüttelt und fühlte sich emancipiert. Nach den Jahren der stalinistischen "Erziehung" blieb ein tiefes Mißtrauen gegen alle Versuche, sie dem Parteiapparat unterzuordnen. Sie kämpfte kompromißlos für die große Reform des Systems und war entschlossen, ebenso kompromißlos gegen die Bevormundungsversuche zu kämpfen.

Ihre Kompromißlosigkeit und ihr Kampf um die Wahrheit wurden sehr bald als Revisionismus abgestempelt. Nach dem Oktober erlaubte man der Jugend nicht, selbst die geeigneten Organisationsformen zu schaffen. Anstelle des einheitlichen Verbandes der polnischen Jugend schuf man nach dem Oktober zwei Organisationen: Eine für die Stadt und eine für das Land.

Die Jugend reagierte sauer. Die aufgezwungenen Organisationen wurden boykottiert. Fast 1,5 Millionen Mitglieder zählte der alte, einheitliche Jugendverband. Nur 90.000 Mitglieder zählt jetzt der städtische Sozialistische Jugendverband. Auf dem Lande sieht es noch schlimmer aus.

Die Leiter des Sozialistischen Jugendverbandes hatten ihre eigenen Gedanken darüber, wie die Arbeit der Jugendorganisationen aussehen sollte. Ihnen schwebte die Idee vor, eine avantgardistische Organisation der aktiven und kämpfenden jungen Marxisten zu schaffen, die der Partei gegenüber eine weitgehende organisatorische Unabhängigkeit wahrt und mit ihr nur eine gemeinsame ideologische Plattform besitzt. Die Parteileitung hat diesen Standpunkt nicht anerkannt, übte aber auf die Jugend keinen allzu großen Druck aus und wartete, daß die Jugendfunktionäre eines Tages "zur Besinnung" kommen. Nach Zuspitzung der Lage - verursacht durch die Schliessung von "Po Prostu" - sah aber die Parteileitung ein, daß sie die Jugend gegen sich hat. GOMULKA griff also nach den "erprobten" Mitteln des Druckes. In der ersten Dezemberhälfte berief man eine Plenarsitzung des Vorstandes des Sozialistischen Jugendverbandes ein, auf dem die entsprechend präparierten Jugendfunktionäre allen Forderungen der Partei nachgegeben haben. Der 1. Sekretär des Vorstandes, Marian RENKE, machte einen tiefen Kniefall: (lt. "Trybuna Ludu" vom 10. Dezember).

"Niemand verstanden wir die These von der Selbständigkeit des Jugendverbandes als eine Gleichberechtigung in den Beziehungen mit der Partei. In dieser Frage muß eine absolute Klarheit geschaffen werden. Die Partei übt eine politisch-ideologische Leitung des Jugendverbandes aus. So heisst es in unserer Deklaration, und es kann in der Praxis nicht anders sein. Die Leute aus unserem Verband, die der Partei gegenüber Bedenken, Mißtrauen oder gar Abneigung zeigen, müssen entweder von der Fälschlichkeit ihrer Ansichten überzeugt werden, oder aus unseren Reihen ausgeschlossen werden."

Auch die Theorie des "Avantgardismus" wurde als schädlich verdammt. Es sei die Pflicht des Jugendverbandes, die Massen der Jugend für den Sozialismus zu gewinnen, meinte RENKE.

Kein Wunder, daß so viel Unterwürfigkeit von der Partei gelobt wurde. Das Politbüromitglied Jerzy MORAWSKI, der vor acht Jahren noch selbst ein Jugendfunktionär war, sprach den Funktionären des Verbandes seine Anerkennung aus.

Auf "Trybuna Ludu" vom 13. 12. 57 sagte MORAWSKI u.a. folgendes:

"Die jetzige Plenarsitzung scheint ein Beweis dafür zu sein, daß der Sozialistische Jugendverband endlich den richtigen Weg gefunden hat. Wenn alles, was hier beschlossen wurde, verwirklicht wird, kann man sicher sein, daß die Organisation sich in Zukunft günstig entwickeln wird."

MORAWSKI gab ganz offen seinen Bedauern Ausdruck, daß der ehem. einheitlich, stalinistisch geleitete Jugendverband nach dem Oktober aufgelöst wurde. Gegen diesen Verband habe man gehetzt und ihn zur selbstnörderischen Auflösung gebracht. Es ist nach Ansicht MORAWSKIs kein Zufall, daß in der ersten Reihe derjenigen, die die Attacke gegen den Verband der polnischen Jugend führten, die Gruppe der Revisionisten aus "Po Prostu" stand. Den Zerfall des polnischen Jugendverbandes bezeichnete MORAWSKI als einen bleibenden Schaden für die Jugendbewegung.

Nach außen hin hat die Partei jetzt also ihr Ziel erreicht. Alle ihre Forderungen sind von den Leitern des Sozialistischen Jugendverbandes anerkannt worden. Es fehlt nur noch eine Kleinigkeit: Die Massen der Jugend zu überreden, jetzt auch massenweise in den Verband einzutreten, um so die Richtigkeit der neuen Linie zu akzeptieren. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit die Behauptung riskieren, daß dies nicht erfolgen wird. GOMULKA hat in vielen Sachen keine glückliche Hand gehabt. Das kann man nach 14 Monaten seiner Regierung jetzt feststellen. Seine Behandlung der Jugendprobleme ist ein typisches Beispiel dafür. Der Sieg, den er erreicht hat, war ein Sieg über ein paar Dutzend Jugendfunktionäre. Seit dem vergangenen Oktober besitzt GOMULKA unter der Jugend keine Sympathien mehr. Der letzte Beschluß des Vorstandes des Jugendverbandes wird ihm diese Sympathien nicht wieder bringen.

### 3) Auch die Studenten sollen an die Leine

Der nach dem Oktober gegründete Verband der Sozialistischen Jugend hat auf einem Gebiet überhaupt nicht Fuß fassen können: Unter der Hochschuljugend. Noch am 12. 12. 57 jammert "Trybuna Ludu":

"Auf den Hochschulen gibt es keine organisierte Tätigkeit der jungen sozialistischen Kräfte, es fehlt jegliche politische Organisation der Jugend."

Eine Organisation gibt es allerdings auf den Hochschulen, die aber bisher keinen politischen Charakter aufwies. Es handelt sich hier um die Vereinigung der Polnischen Studenten, eine Organisation, die zahlreiche Mitglieder hatte und die sich ausschliesslich mit den materiellen und sozialen Problemen der Studentenschaft befasste. In der zweiten Dezenberhälfte hatte diese Vereinigung ihre Tagung in Warschau. Die Partei beschloß, diese Tatsache auszunutzen, um eine Änderung der Statuten dieser Organisation durchzusetzen. Der Zweck dieser Änderungen war, die Organisation ihres unpolitischen Charakters zu berauben. In Parteikreisen stellte man folgende Rechnung auf: Wenn man durch den Sozialistischen Jugendverband keine politische Arbeit unter den Studenten führen kann, soll man es mittels einer Organisation die schon vorhanden ist, und der die meisten Studenten sowieso angehören, versuchen.

Die Leitung der Vereinigung wurde, wie das mit der Leitung des Jugendverbandes in der ersten Monatshälfte geschehen war, unter Druck gesetzt. Die Formen dieses Druckes kann man sich leicht vorstellen: Zulassung zum Studium, Verteilung der Stipendien, Verteilung der Plätze in Studentenheimen.

Die Tagung verlief stürnisch. Die Studentenvertreter haben sich mit allen Kräften gewährt, ihre Organisation zu politisieren. Sie argumentierten, daß eine politisch gefärbte Organisation sich nicht mit genügendem Nachdruck den wichtigsten materiellen und sozialen Problemen der Studentenschaft widmen könne. Es war aber klar, daß diejenigen, die Stipendium und Studentenheime zu ihrer Verfügung hatten, "bessere" Argumente vorbringen konnten.

Man hat sich also geeinigt, daß die ideologische Plattform der Organisation in Zukunft die Ideologie der "Nationalen Front" sein soll. Am letzten Sitzungstage stellte der Vorsitzende der Vereinigung der Polnischen Studenten fest, daß die Tätigkeit auch darin bestehen solle, alle Mitglieder in Geiste der Erfüllung ihrer bürgerlichen Pflichten zu erziehen. "Unsere Bewegung - meinte der Vorsitzende - ist eine sozialistische Bewegung."

Man hat also die gewaltsame Politisierung und Gleichschaltung einer Organisation durchgeführt, die gerade bisher dadurch attraktiv war, daß sie nicht politisch war.

#### 4) Verbündete

Das Organ der Bauernpartei "Dziennik Ludowy" schreibt am 4. Dezember, was kürzlich in einer ihrer Parteiorganisationen geschehen ist:

"Als einer der verdienten Bauernpolitiker auf das Rednerpodium kam und über die Notwendigkeit der Verstärkung des Bündnisses mit der Arbeiterpartei und der Freundschaft mit der SU zu sprechen begann, entstand in Saal ein Gewitter lauter Proteste, das durch Trampeln mit den Füßen noch gesteigert wurde. Genug, genug! brüllte man aus dem Saal."

Das geschah in einer der Bauernparteiorganisationen im Kreise Wloclawek, die von Blatt als die stärkste Parteiorganisation in der Wojewodschaft Bronberg bezeichnet wird. Das Blatt stellt fest, daß die Wloclawek-Organisation von rückständigen MIKOJALCZYK-Anhängern beherrscht ist, und daß diese Elemente jegliche politische Zusammenarbeit mit der Vereinigten Arbeiterpartei unmöglich machen.

"Die Funktionäre aus dem Kreis Wloclawek, so meint das Blatt, müssten eigentlich daran denken, daß die Bauernpartei keine Opposition, sondern eine mitregierende Partei ist und auf dem Boden des Aufbaus des Sozialismus steht."

Das kommunistische Organ "Trybuna Ludu" schreibt ein paar Tage später, am 13. Dezember:

"Unsere Partei legt den größten Wert auf eine Verstärkung des Bündnisses mit der Bauernpartei. Sie sieht in ihr den nächsten Verbündeten, der unsern gemeinsamen Kampf einen selbständigen und schöpferischen Anteil brachte. Die falsche Konzeption, die Bauernpartei als eine Satellitenpartei zu betrachten, wurde begraben. Wir haben mehr als einmal unsere Funktionäre zur Ordnung gerufen, die die alten Praktiken - heute schon endgültig weggeworfen - wieder anwenden wollten. Gleichzeitig hat die Leitung der Bauernpartei die Tätigkeit aller ihrer Funktionäre verdammt, die einen Keil zwischen unsere Parteien treiben wollten."

Aus zahlreichen Berichten geht hervor, daß die Kommunisten, obwohl sie der Bauernpartei gegenüber tatsächlich eine neue Taktik angewandt haben, auf keine Gegenliebe bei den Bauern stoßen. Auf höchster Ebene der Parteileitung verhandelte man freundschaftlich und verständnisvoll. Je weiter man aber nach unten kommt, um so größer wird der Haß und das Mißtrauen. Die Erinnerungen an die stalinistische Zeit ist bei den meisten Bauern noch viel zu lebendig. Dazu kommt noch, daß bei den unteren Instanzen von kommunistischer Seite dieselben Funktionäre als Gesprächspartner erscheinen, die noch vor zwei Jahren nur befehlen und diktieren wollten. Mit Recht bezweifeln die Bauern die echte Gesinnungsänderung bei solchen Leuten. Die dumpfe Feindschaft der Bauern gegen die Kommunisten - auch gegen die Oktoberkommunisten - ist natürlich eine schwere Belastung für die Landwirtschaftspolitik GOMULKAs, die an und für sich eine der wertvollsten Errungenschaften des polnischen Oktobers ist.

## II. Wirtschaft

### 1) Kohlenförderung und Bergmannsarbeit

94 Millionen Tonnen Steinkohle haben die polnischen Kumpel im Jahre 1957 gefördert. Das ist um 1 Million mehr, als eingeplant war, aber auch um 1 Million weniger, als im Jahre 1956. Dieser Rückgang ist durch die Abschaffung der obligatorischen Feiertags- und Sonntagsarbeit erklärlich, die in den vergangenen Jahren Arbeitskraft und Gesundheit der Kumpel auf eine schwere Probe stellte. Der Minister für Bergbau, WANIODKA, informierte am 1. Dezember die Presse über die Zahl der durchgearbeiteten Tage im Kohlenbergbau. Im Jahre 1953 betrug die Zahl dieser Tage 309, 1955 - 300 Tage, 1956 - 292 Tage und 1957 - 276 Tage. Auch im Jahre 1958 wird man auf die Feiertags- und Sonntagsarbeit nicht völlig verzichten können.

GOMULKA appellierte an Vortage des traditionellen Bergmannsfestes, am 3. 12. an die Kumpel, im laufenden Jahr an sechs Sonn- und Feiertagen freiwillige Schichten zu machen. Dies sei notwendig, um die für das Jahr 1958 eingeplanten 93 Mill. Tonnen Kohle zu fördern.

Aus den Angaben, die Minister WANIODKA und GOMULKA machten, geht hervor, daß der Stundenlohn eines Kumpels im Jahre 1953 durchschnittlich 93 Zloty im Jahre 1957 dagegen schon 165 Zl. betrug. Die Bergleute der Kohlengruben sind die einzigen, die durch die letzten Lohnerhöhungen wirklich profitiert haben.

Bei seiner Ansprache vor den Kumpels stellte GOMULKA fest, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens immer noch sehr ernst seien, und daß es großer Anstrengungen des ganzen Volkes bedürfe, um sie zu überwinden. Die wirtschaftliche Lage erlaube es nicht, im Jahre 1958 eine Lohnerhöhung durchzuführen.

GOMULKA gab zu, daß es einen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen der "Volksmacht" gibt. Die Volksmacht muß weiter sehen, als der einzelne Mensch. "Es ist eine normale Erscheinung in allen sozialistischen Ländern, daß der größere Teil des Nationaleinkommens für Investitionen bestimmt wird, während die ganze Arbeiterklasse es lieber sehen würde, wenn der größere Teil dieses Einkommens für die direkte Befriedigung ihrer Erfordernisse bestimmt würde." Diese Art von Gegensatz bezeichnet GOMULKA aber als nicht antagonistisch und "normal" .

### 2) Entwicklung des Handwerks

Als eines der Mittel, die Marktbedürfnisse besser zu befriedigen und eine Vollbeschäftigung zu garantieren, hat man nach dem Oktober Schritte unter-

nommen, das in der stalinistischen Zeit völlig zerschlagene Handwerk wieder zu beleben. Diese Bemühungen haben schon einen Teilerfolg gebracht. In den ersten neun Monaten des Jahres 1957 entstanden 38.000 neue handwerkliche Betriebe, die Hälfte davon in den Westgebieten. Die neuen Werkstätten beschäftigen etwa 44.000 Menschen, es handelt sich also überwiegend um Ein-Mann-Betriebe. Diese Entwicklung verläuft zum grössten Teil unkontrolliert. Als Folge davon gibt es eine Anzahl von Fehlentwicklungen. So entstanden z.B. etwa 10.000 Betriebe der Metall- und elektrotechnischen Branche, obwohl gerade auf diesem Gebiet eine große Anzahl industrieller Kleinbetriebe besteht, die noch über viele Produktionsleistungsreserven verfügen.

Um dieser Entwicklung vorzubeugen, denkt man daran, für gewisse Branchen die Konzessionspflicht einzuführen. Sonst will man aber der Entwicklung des Handwerks keine Beschränkungen auferlegen.

### 3) Planerfüllung und Planziele in der Wirtschaft

Der Leiter der Staatlichen Planungskommission, JEDRYCHOWSKI, berichtete dem Sejm, was die Wirtschaft Polens im Jahre 1957 erzielte und welche Aufgaben sie sich für das Jahr 1958 stellt.

Die Industrie hat ihren Plan hoch übererfüllt. Im Vergleich zum Jahre 1956 plante man eine Steigerung um 4 %, erreichte aber eine Steigerung von 9 %. Der Wert der industriellen Produktion betrug 1956 261 Milliarden Zloty, 1957 - 283 Milliarden.

Auch in der Landwirtschaft hat man gewisse Erfolge erzielt. Die allgemeine Produktion wuchs 1957 um 4 % (von 150,7 Mill. Zl. 1956 auf 156,4 Mill. Zl. 1957). Die Gesamternte der vier Getreidesorten erreichte 1957 eine Rekordhöhe von 35 Mill. Tonnen.

Das Nationaleinkommen wuchs 1957 um 19 Milliarden Zloty, d. h. um 7,3 % im Vergleich zu 1956.

Man produzierte u. a. 94 Millionen t Kohle, 22 Milliarden kWh Elektroenergie, 5,3 Mill t Stahl, 569 Millionen Meter Baumwollstoffe und 1,05 Mill. t Zucker.

Für 1958 plant man eine Erhöhung der Industrieproduktion um 7 %, und der Landwirtschaft um 4 %. Das Nationaleinkommen wird voraussichtlich um ca. 6 % steigen. Man will 23 Milliarden kWh elektrische Energie, 5,6 Mill. t Stahl, 93,5 Mill. t Steinkohle und 561.000 t Schwefelsäure produzieren.

Für die Akkumulation will man 20,6 % des Nationaleinkommens abzweigen (1957 - 22,6 %) und für den individuellen Verbrauch - 72,5 % (1957 - 71,3%).

Der Wert der Nettoinvestierungen soll 49,1 Milliarden Zloty erreichen (1957-45,2 Milliarden).

1957 baute man 177.000 Wohnräume in den Städten. 1958 soll diese Zahl auf 220.000 anwachsen. Auf dem Lande baute man 1957 ca. 86.000 Wohnräume. In diesem Jahr soll diese Zahl um 12 % wachsen.

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Schriftsteller - ungebeugt

GOMULKAs Versuche, die freie Meinungsäußerung zu beschneiden, ist schon bei den Journalisten auf Widerstand gestossen (vgl. November-Bericht). Bei den Schriftstellern, die sich im Gegensatz zu den Journalisten einer täglichen Kontrolle entziehen und daher weniger abhängig sind, war dieser Widerstand entsprechend größer.

Am 7. und 8. Dezember 57 tagte ein Kongress des polnischen Schriftstellerverbandes in Posen. Schon ein paar Wochen vorher haben die regionalen Organisationen des Verbandes, die in größeren Städten Polens wie Krakau, Breslau, Lodz, Posen, Warschau usw. existieren, ihre Delegierten zum Kongress gewählt. Alle Schriftsteller, von denen man weiß, daß sie die derzeitige Kulturpolitik der Partei unterstützen (der prominenteste unter ihnen ist das stellvertretende ZK-Mitglied Leon KRUKOWSKI), wurden einfach nicht gewählt. Unter den Gewählten befanden sich dagegen alle diejenigen, die vor kurzen demonstrativ ihre Parteibücher zurückgeschickt hatten, um auf diese Weise gegen die Unterdrückungsversuche der freien Meinungsäußerung zu protestieren.

Die nicht als Delegierten gewählten Stalinisten durften auf eigene Kosten und als Zuschauer zum Kongress nach Posen fahren. Ob sie davon Gebrauch machten, entzieht sich unserer Kenntnis.

Ebenso demonstrativ, wie sie die Stalinisten abgelehnt haben, wurde der bisherige Vorstand von den Schriftstellern für weitere zwei Jahre wiedergewählt. An der Spitze dieses Vorstandes steht der bekannte Dichter und Feuilletonist Antoni SLONIMSKI, dessen liberale Sympathien weithin bekannt sind.

Die Tagung hatte einen geschlossenen Charakter. Über den Verlauf der Diskussion hat man nichts veröffentlicht. Alle angenommenen Beschlüsse haben

beruflichen Charakter bis auf den einen, der sich mit der Einstellung der Atomwaffenversuche befasst.

Die Teilnehmer des Kongresses haben einen kurzen Brief an den I. Parteisekretär GOMULKA und Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ veröffentlicht. In diesem Brief befindet sich ein bezeichnender Satz: "Wir sind der Meinung, daß die Freiheit der schriftstellerischen Arbeit eine unzertrennliche Voraussetzung der Entwicklung des Sozialismus und der nationalen Kultur ist." (Lt. "Nowa Kultura" vom 15. 12. 1957).

2) Wer "sitzt" in Polen?

Wenn man den offiziellen Angaben Glauben schenken soll, sind 98,2 % der Insassen aller polnischen Gefängnisse kriminelle Häftlinge. Der Rest (1,8 %) sind die sogen. "Verbrecher gegen die staatliche Ordnung", was nicht immer mit einem politischen Häftling identisch ist. Hierher gehören z.B. die Fälle des bewaffneten Raubüberfalles. 45 % aller Insassen haben das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten.

3) Lohnbewegung in Polen

"Zycie Warszawy" veröffentlicht am 29./30. Dezember folgende Tabelle, die einen Überblick über die in den letzten drei Jahren erfolgte Steigerung der Löhne erlaubt:

Löhne Brutto in Zahlen	1955		1956		1957	
	Beschäftigte Zahl in Tausend	% aller Beschäftigten	Beschäftigte Zahl in Ts.	% aller Beschft.	Beschäft. Zahl in Tausend	% aller Besch.
bis 800	1824	35	1458	23,7	1225	18
801-1000	979	18,8	1160	18,9	1325	19,5
1001-2000	2082	39,8	2928	47,6	3470	51
2001-3000	277	5,3	491	8	610	9
über 3000	57	1,1	122	2	170	2,5

## B. Polen und Ausland

### 1) Kultureller Austausch mit dem Ausland

Wie der polnische Kultusminister, KURYLUK, feststellte, hat man im Jahre 1957 "neben der immer enger werdenden Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auch den Umfang des kulturellen Austausches mit den westlichen Ländern vergrössert." ("Trybuna Lodu" vom 17. 12. 57).

So hat man u. a. mit der französischen Regierung eine Deklaration über die kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet und den Umfang des Austausches mit Ländern wie Australien, Brasilien, USA, Argentinien, Ägypten, Syrien, Iran, Indien, Indonesien und Japan vergrössert.

Viel wichtiger als diese amtlichen und halbamtlichen Vereinbarungen war die Tatsache, daß die polnischen Intellektuellen, jungen Wissenschaftler, Studenten usw. in einer verhältnismässig großen Zahl in die westeuropäischen Länder reisen konnten und nach langen Jahren der Isolation zum ersten Male sich mit den kulturellen Gedankengütern des Westens bekannt machen konnten. Es ist jedoch leider zu befürchten, daß im Jahre 1958 aus Gründen, die sich auf die Devisen beziehen, (aber vielleicht aus Gründen der neuen Kulturpolitik der Partei), dieser direkte Kontakt mit dem Westen beschränkt werden könnte.

Dennoch verdient die Feststellung des Ministers KURYLUK Aufmerksamkeit, in der er versichert, daß Polen 1958 bereit wäre, mit allen Ländern Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit abzuschliessen, die an einer solchen Zusammenarbeit interessiert seien.

### 2) Ein- und Auswanderung - Auslandsreisen

Laut Angaben von "Zycie Warszawy" vom 6. 12. verliessen in den ersten neun Monaten des Jahres 1957 117.000 Personen Polen. Von dieser Zahl begaben sich ca. 68.000 in die Bundesrepublik, 17.000 in die Sowjetzone und 29.000 nach Israel.

In der gleichen Zeit kehrten nach Polen über 67.000 Personen zurück, davon 66.000 aus der Sowjetunion.

In derselben Zeitspanne begaben sich zu einer Dienstreise 28.000 Personen und privat über 130.000 Personen ins Ausland. 67.000 ausländische Reisende besuchten in diesem Zeitraum Polen.

Die meisten ins Ausland reisenden Personen fuhren in die SU (4.000 Dienst- und 56.000 Privatreisende.) Unter den privat in die SU reisenden Personen befanden sich Urlauber und solche, die ihre Familie in den ehem. polnischen Ostgebieten besuchen wollten.

Den zweiten Platz der privaten Reiseländer hält die Bundesrepublik (24.000), ihr folgen die SBZ mit 13.000, die CSR mit 10.000 und Frankreich mit 8.000.